

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

ANHANG ZUR ÜBERSICHT

**Änderungsanträge zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

Folgende Änderungsanträge hat DIE LINKE. zur Sitzung des Stadtrates vorgelegt

- 1.) Änderungsantrag: Kreditbewirtschaftung Städtisches Klinikum Lüneburg
- 2.) Änderungsantrag: Abbau des Haushaltsdefizits und Zinersparnis
- 3.) Änderungsantrag: Gewerbesteuer
- 4.) Änderungsantrag: Vergnügungssteuer
- 4.) Änderungsantrag: Optimierung des Verwaltungshandelns
- 5.) Änderungsantrag: Korruptionsbekämpfung statt Sozialrepression
- 6.) Änderungsantrag: Verkehr
- 7.) Änderungsantrag: Umverteilung von Zuschüssen an städtischen Beteiligungen
- 8.) Änderungsantrag: Gleichstellung
- 9.) Änderungsantrag: Zuschuss Sozialprojekte
- 10.) Änderungsantrag: Weihnachtsbeihilfe
- 11.) Änderungsantrag: Armuts- und Reichtumsbericht
- 12.) Änderungsantrag: Sozialausweis
- 13.) Änderungsantrag: Mietspiegel
- 14.) Änderungsantrag: Jugend- und Kulturförderung
- 15.) Änderungsantrag: Ausbau der Energieberatung

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

KREDITBEWIRTSCHAFTUNG **STÄDTISCHE KLINIKUM LÜNEBURG**

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Laut Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung der Hansestadt Lüneburg für das Haushaltsjahr 2007, Seite 34 hat die Stadt Zuweisungen in Höhe von 36.819.072 € an die Städtische Klinikum Lüneburg gGmbH ausgewiesen. Auf Nachfrage beim zuständigen Geschäftsführer der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH, Herrn Sauer, handelt es sich um einen Kredit der Hansestadt Lüneburg Mitte der 80iger Jahre, für den bisher weder Zins noch Tilgung verlangt wurde.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Zur Bewirtschaftung des Kredites in Höhe von 36.819.072 € der Hansestadt Lüneburg an das Städtische Klinikum Lüneburg gGmbH, vergütet sie diesen der Stadt fortan jährlich, zunächst in Höhe des innerhalb der Unternehmensgruppe ausgehandelten Betrages von 2% für die Weiterberechnung intern erbrachter Leistungen.

Inhaltliche Begründung

Seitdem das Klinikum aber mehrheitlich der Gesundheitsholding übertragen wurde, die nicht gemeinnützig, sondern kommerziell wirtschaftet, sollte sie diesen Kredit auch bewirtschaften. Prinzipiell wären die in der kommunalen Kreditvergabe üblichen Sätze von 4% Zins und 1% Tilgung pro Jahr zu veranschlagen. Dies ergäbe für 2009 eine Summe in Höhe von 1.840.953,60 €.

Obwohl dies nur 2% der Gesamterlöse des Klinikums ausmacht, soll mit Rücksicht auf die aktuelle Ertragskraft jedoch zunächst eine andere Größe zu Grunde gelegt werden. Im Beteiligungsbericht 2009 zur Gesundheitsholding wird ausgeführt, wie innerhalb der Unternehmensgruppe Leistungen weiterberechnet werden: „Die Vergütung für die erbrachten Leistungen entspricht den tatsächlichen jährlichen Kosten der Gesellschaft abzüglich der Kosten für eigene Angelegenheiten und zuzüglich eines Aufschlages in Höhe von 2% dieses Betrages.“ (S.2 ebn.) Dies ergibt eine Summe in Höhe von **736.381,44 €**

Laut Gewinn- und Verlustrechnung hat sie 2007 ein Ergebnis von 688.000 € vor Steuern erwirtschaftet und soll nach aktuellem Wirtschaftsplan 2009 allein 4.850.000 € aus Eigenmitteln für Investitionen bereitstellen können. Die wirtschaftliche Tragkraft der Beitragshöhe ist daher grundsätzlich gegeben.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

ABBAU DES HAUSHALTSDEFIZITS UND ZINSPARNIS

**Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Die Verwaltung plant 2009 ein Haushaltsdefizit von 6,6 Mio. € im Ergebnishaushalt ein. Dabei hat die Stadt eine offene und unbewirtschaftete Kreditforderung des Städtischen Klinikum Lüneburg gGmbH i.H.v. 36,8 Mio. €, durch die ihr jährlich 1.840.953,60 € für Zins und Tilgung im Etat fehlen. Unter Berücksichtigung der Ertragskraft des Klinikums sollte es der Stadt fortan jährlich, zunächst in Höhe des innerhalb der Unternehmensgruppe ausgehandelten Betrages von 2% für die Weiterberechnung intern erbrachter Leistungen eine Summe von 736.381,00 € vergüten. Der überwiegende Teil dieser Summe sollte als Deckungsbeitrag zur Verminderung des Haushaltsdefizits verwendet werden.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

500.000 € aus oben genannten Zinseinkünften werden zusätzlich als Deckungsbeitrag zur Verminderung des Haushaltsdefizits im Ergebnishaushalt 2009 der Hansestadt Lüneburg verwendet.

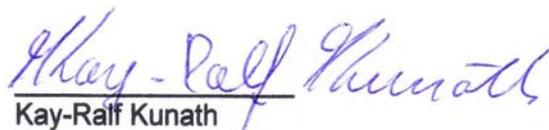
Inhaltliche Begründung

Dadurch ergibt sich bei einer 4%igen Verzinsung ein kalkulatorisches Zinsersparnis in Höhe von 20.000 € aufgrund einer verringerten Nettoneuverschuldung.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg



Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

GEWERBESTEUER

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste kommunale Steuer zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Der bisherige Gewerbesteuerhebesatz in Lüneburg liegt bei 360 Punkten. Lüneburg liegt damit im Vergleich anderer niedersächsischer Städte weit unter dem Durchschnitt von 397 Punkten. Aufgrund der Zentralität und Größe der Orte sind unterschiedlich hohe Hebesätze angemessen, doch selbst im Vergleich zu allen Städten, deren Größe maximal 10% von der Lüneburgs abweicht (Celle, Delmenhorst, Garbsen, Wilhelmshaven), ergibt sich ein Schnitt von 385 Punkten. Lüneburg liegt 25 Punkte darunter und verschenkt damit nicht nur wichtige kommunale Einnahmequellen, sondern betreibt auch ein desaströses Steuerdumping, das langfristig allen Städten schadet.

Realsteuer-Hebesätze deutscher Städte über 50.000 Einwohner - Niedersachsen

Gemeindebezeichnung Stand 31.12.2007	Einwohner 31.12.2006*)	Hebesätze 2007			Hebesätze 2008		
		GewSt	GrStB	GrStA	GewSt	GrStB	GrStA
Braunschweig, Stadt	245.467	450	450	320	450	450	320
Celle, Stadt	71.146	370	410	270	370	410	270
Cuxhaven, Stadt	51.899	365	420	320	365	420	320
Delmenhorst, Stadt	75.320	405	400	380	405	400	350
Emden, Stadt	51.742	420	440	320	420	440	320
Garbsen, Stadt	62.942	398	398	398	398	398	398
Göttingen, Stadt	121.581	430	530	530	430	530	530
Hameln, Stadt	58.517	365	420	340	365	420	340
Hannover, Landeshauptstadt	516.343	460	530	530	460	530	530
Hildesheim, Stadt	103.249	410	450	350	410	450	350
Langenhagen, Stadt	51.388	430	385	385	430	385	385
Lingen (Ems), Stadt	51.417	350	295	290	350	295	290
Lüneburg, Stadt	72.057	360	390	280	360	390	280
Nordhorn, Stadt	53.156	356	348	270	356	348	270
Oldenburg, Stadt***)	159.060	410	410	340	410	410	340
Osnabrück, Stadt**)	163.020	410	430	280	425	430	280
Salzgitter, Stadt	106.665	410	430	350	410	430	350
Wilhelmshaven, Stadt***)	82.797	395	410	410	395	410	410
Wolfenbüttel, Stadt	54.124	380	380	300	380	380	300
Wolfsburg, Stadt	120.493	360	420	270	360	420	270
Durchschnitt		397	417	347	397	417	345

*) neuester verfügbarer Stand des Statistischen Bundesamtes (Stand 20.08.2008)

Aufgrund der zentralen Lage innerhalb der Metropolregion Lüneburg, der Verkehrsanbindung und der Wachstumsprognose erscheint grundsätzlich eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 395 Punkte als standortpolitisch sinnvoll und finanzpolitisch notwendig, um auch in Zukunft die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und sozialpolitischer Leistungen gewährleisten zu können.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage sind wir jedoch bereit, unsere Erhöhung annähernd zu halbieren und schlagen lediglich eine Anhebung auf 380 Punkte vor.

Ausgehend von den aktuellen Prognosen führt dies zu **Mehreinnahmen** in Höhe von ca. **2.088.889,- €**. Dadurch würden jedoch nach Aussage der Kämmerei auch die Kreisumlage, Gewerbesteuermehrsatz und die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen vom Land, höhere Steuerkraft) sinken. In Summe führt dies dazu, dass lediglich ca. **12 %** bei der Stadt verbleiben. Im **Haushalt** sind also Mehreinnahmen von **250.667,- €** zu veranschlagen.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

1. Die Stadt Lüneburg hebt den Hebesatz der Gewerbesteuer in Lüneburg von z.Z. 360 Punkten mit sofortiger Wirkung auf **380** Punkte an.
2. Die neuen Hebesätze werden umgehend mit den Steuermaßbeträgen verrechnet, so dass die Gewerbesteuervorauszahlungen für das nächste Jahresquartal angepasst und rechtzeitig versendet werden. Nachzahlungen fürs 1. Jahresquartal können auch im Rahmen der Gewerbesteuererklärung beglichen werden.

Inhaltliche Begründung

Die Unternehmenssteuerreform 2008 führte zu einer massiven Entlastung vor großer Unternehmen und Kapitalgesellschaften. Durch die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 15 Prozent ist die durchschnittliche Gesamtbelastung bei Kapitalgesellschaften von 38,8 Prozent auf 29,8 Prozent reduziert worden. Außerdem wurde die Steuermesszahl bei der Gewerbesteuer von 5 Prozent auf 3,5 Prozent abgesenkt. Dies führte zu einer massiven Entlastung. Selbst bei einer Anhebung des Hebesatzes auf 380 Punkte ist die Entlastung vom Vorjahr immer noch vier Mal zu hoch, wie die zusätzliche Belastung.

Übersicht der GewS.Zahlungen von Kapitalgesellschaften bei verändertem Hebesatz

Jahresgewinn	Hebes.360 (alt)	Hebes.360 (neu)	Entlastung	Hebes.380 (neu)	Belastung	Monatlich	Prozent*
25.000,00 €	3.814,00 €	3.150,00 €	-664,00 €	3.325,00 €	175,00 €	14,58 €	0,06%
50.000,00 €	7.627,00 €	6.300,00 €	-1.327,00 €	6.650,00 €	350,00 €	29,17 €	0,06%
100.000,00 €	15.254,00 €	12.600,00 €	-2.654,00 €	13.300,00 €	700,00 €	58,33 €	0,06%
500.000,00 €	76.271,00 €	63.000,00 €	-13.271,00 €	66.500,00 €	3.500,00 €	291,67 €	0,06%

*prozentualer Anteil der GeWS. Mehrbelastung am Jahresgewinn

Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes wird also keine gravierenden Auswirkungen auf die Kapitalgesellschaften in Lüneburg haben, die ca. ein Drittel der Unternehmen ausmachen.

Personengesellschaften (zwei Drittel aller Unternehmen in Lüneburg) zahlen netto gar nichts mehr, da die Gewerbesteuer jetzt wesentlich höher von der Einkommenssteuer abzusetzen setzt. Durch die Erhöhung des Anrechnungsfaktors vom Faktor 1,8 auf 3,8, müssen sie bis zu einem Hebesatz von 380 Punkten netto keinen Cent bezahlen, da es zu 100% auf die Einkommenssteuer angerechnet wird. In Lüneburg also netto gleich Null!

Übersicht d. eff. Belastungen d. GewS. Zahlungen von Pers.gellsch. bei veränd. Hebes.

Jahresgewinn	Hebesatz 360	Hebesatz380	Differenz	Monatlich	Prozent*
25.000,00 €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €
50.000,00 €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €
100.000,00 €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €
250.000,00 €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €
500.000,00 €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €	0,- €

*wird zu 100% mit der Einkommenssteuer verrechnet

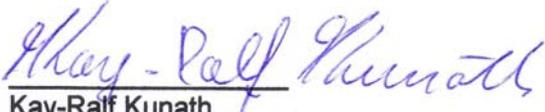
Fassen wir zusammen: Auf zwei Drittel aller Unternehmen (Personengesellschaften) wirkt sich eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 380 Punkten gar nicht aus, weil sie mit der Einkommenssteuer verrechnet wird. Kapitalgesellschaften müssen eine Gewinnminderung von 0,06% hinnehmen, die nur ein Viertel der Ersparnis ausmacht, zu der sie vor einem Jahr durch die Unternehmenssteuerreform entlastet wurden.

Im Übrigen zahlen 80% aller gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen (alle kleinen und mittelständischen Unternehmen) nur insgesamt 6% der Steuerlast aus dem Aufkommen in Deutschland. Es ist also eigentlich eine Großunternehmenssteuer, die nur besonders gewinnbringende Betriebe trifft.

Eine solch geringe Zusatzbelastung würde wohl kaum die Abwanderungsrethorik mancher politischer Kräfte legitimieren. Die Anpassung des Hebesatzes an den niedersächsischen Durchschnitt ist eine politische Entscheidung, die wirtschaftlich absolut vertretbar und finanzpolitisch notwendig ist.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratscherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratscherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

Anpassung Vergnügungssteuerhebesatz

**Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Der Vergnügungssteuerhebesatz für Spielautomatenbetreiber wurde vor einem Jahr von 14% auf 11% gesenkt. Hintergrund waren Auseinandersetzungen über Bemessungsgrundlage und Beitragshöhe der Steuer. Die Absenkung von 3% führt auf Grundlage der neuen Bemessungsgrundlage zu Mindereinnahmen in Höhe von 177.000 €.

Die Fraktion die Linke beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Absenkung des Vergnügungssteuerhebesatzes auf 11% wird bei Beibehaltung der derzeitig ausgehandelten Bemessungsgrundlage rückgängig gemacht. Für 2009 wird die Höhe wieder auf 14% festgesetzt.

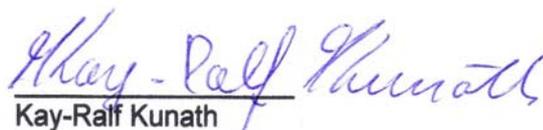
Begründung:

Spielsucht ist sozial- und gesundheitspolitisch höchst gefährlich. Aus dieser Krankheit Gewinn zu schlagen ist höchst bedenklich. Spielhallenbesitzer sollen daher nicht durch die Stadt gefördert werden. Auch wenn die neue Bemessungsgrundlage ein größeres Steueraufkommen ermöglicht, sollte der Hebesatz wieder auf das ursprüngliche Niveau gesetzt werden

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg



Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

OPTIMIERUNG DES
VERWALTUNGSHANDELNS
(FINANZIELL UND INHALTLICH)

**Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

FINANZIELL

Sachverhalt

Die ordentlichen Aufwendungen bzw. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nur des Verwaltungsvorstands und seiner Stabsstellen sollen nächstes Jahr nach Vorstellung der Verwaltung von aktuell 3,63 Mio. € auf mehr als 4,28 Mio. € ansteigen. Dies macht eine Kostensteigerung von 654.380 € bzw. über 18% aus.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die nachfolgenden Etats werden um die angegebene Summe reduziert:

Produktnr.	zusätzliche Einnahmen und Einsparungen	
001000	Büro des Oberbürgermeisters, S. 12 Ges.Erg.plan, sonst.ord.Aufw.	38.400,00 €
111028	Verwaltungssteuerung vom Verwaltungsvorstand, S.87, sonst.ord.Aufw.	11.025,00 €
111033	Steuerungsunterstützung für den FB1, S. 102, ord. Aufw.,	43.000,00 €
	Summe	92.425,00 €

Inhaltliche Begründung

Damit wird die drastische Kostensteigerung von über 18% auf zumindest 15,4% reduziert. Der Verwaltungsetat steigt also im Vergleich zum Vorjahr immer noch um mehr als eine halbe Million Euro.

Im Büro des Oberbürgermeisters wird nicht gespart, sondern nur die Ausgabensteigerung eingedämmt. Selbst wenn die Kosten der Rechnungsprüfung und deren Ausgabensteigerung von 11.600 € rausgerechnet werden (sie wurde auf Wunsch des OB in einen anderes Budget verschoben), bleibt immer noch ein Anstieg von 161.179 € gegenüber dem Vorjahr.

Es soll aber nicht am Personal gespart werden, sondern nur die Ausgabensteigerung von 76.800 € bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen halbiert werden, so dass dieser Teiletat im Vergleich zum Vorjahr immer noch um 38.400 € ansteigt.

In dem Produkt Verwaltungssteuerung vom Verwaltungsvorstand soll ebenfalls nicht am Personal gespart werden. Hier sollen lediglich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um ein Viertel (11.025 €) gekürzt werden.

In der Produktbeschreibung der Steuerungsunterstützung für den FB1 (Innere Verwaltung und Finanzen) wird als Begründung dieser freiwilligen Leistung immer noch auf die Neubesetzung der Stelle des Stadtkämmerers verwiesen. Diese umfasste vorher auch die Fachbereichsleitung des FB1. In den Allgemeinen Zielen wird darauf verwiesen, dass durch eben jene Vakanz ein erhöhter Informations- und Kommunikationsbedarf zwischen dem Verwaltungsvorstand und den einzelnen Bereichsleitern gäbe. Durch die erfolgreiche Neubesetzung der Stelle wird dieser Etat eigentlich überflüssig, dennoch soll hier Übergangsweise ein Budget von 30.000 € erhalten bleiben.

INHALTLICH

Sachverhalt

Die Optimierung des Verwaltungshandelns steht als Allgemeines Ziel im Produkt 111028 Verwaltungssteuerung vom Verwaltungsvorstand. Hier sehen wir aus gegebenem Anlass einen erweiterten Handlungsbedarf zur Konkretisierung.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Allgemeinen Ziele im Produkt 111028 Verwaltungssteuerung vom Verwaltungsvorstand werden wie folgt ergänzt:

- Optimierung des Verwaltungshandelns hinsichtlich des Erhalts oder Erwerbs zentraler Infrastruktureinrichtungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Hansestadt Lüneburg
- Keine Privatisierungen oder PPP-Projekte bei Infrastruktureinrichtungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge
- Größtmögliche Transparenz des Verwaltungshandelns, z.B. durch Veröffentlichung aller Protokolle von Aufsichtsratssitzungen und Verwaltungsvorstandssitzung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten (öffentlich oder ratsöffentlich)

Begründung

Leider ist es in der Vergangenheit zu einigen unwirtschaftlichen Privatisierungen und PPP-Projekten gekommen, die eine langfristige Zusatzbelastung für den Haushalt darstellen. Zentrale Infrastruktureinrichtungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge (wie Wasserversorgung, Strom- und Gasversorgung) befinden sich nicht in öffentlicher Hand.

Durch die Betrachtung und Leitung unserer Hansestadt als „Konzern Stadt Lüneburg“ und der umfassenden privatwirtschaftlichen Verflechtung mit über 20 Eigenbetrieben und Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften gibt es einen erhöhten Transparenzbedarf des daraus resultierenden Verwaltungshandelns, insbesondere weil die meisten der Entscheidungen im Gegensatz zu den politischen Gremien des Rates, nichtöffentlich tagen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG STATT SOZIALREPRESSION

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Die Hansestadt Lüneburg hat einen Etat von 66.416 € für das Produkt Ermittlungsdienst (eine Pflichtaufgabe) in den Haushalt eingestellt. Unter den allgemeinen Zielen ist „Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger“ angegeben, sowie „Aufdeckung von Leistungsmissbrauch und Bedarfsermittlung der Sozialleistungsempfänger“.

Die Hauptgruppe kommunaler Sozialleistungsempfängern machen Hartz IV Empfänger aus (SGB II), die allerdings in die Zuständigkeit des Landkreises und nicht die der Stadt fallen. Hier geht es nur um die Gruppe der nicht erwerbsfähigen Personen, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten. In der wesentlich größeren Gruppe von Hartz IV Sozialleistungsempfängern liegt die Quote eines Missbrauchsverdachts bei 0,6% (BA-Zahlen von 2006). Das heißt, 99,4% der Hilfsbedürftigen müssen zu Unrecht die z.T. recht repressiven Kontrollen und Auflagen der Sozialbehörden unterziehen. Die Kosten von Hartz IV machen bundesweit ca. 24 Mrd. € aus. D.h. wenn sich jeder Veracht zu 100% bestätigen würde, läge bundesweit ein Schaden von 14,4 Mio. € vor. Die volkswirtschaftlichen Schäden durch Korruption betragen laut Schätzungen des Korruptionsfachmann Friedrich Schneider von der Universität Linz in Deutschland jährlich bei 295 Mrd. € (FAZ vom 27.06.08, S. 14). Also rund das Zwölfwache der bundesweiten Gesamtkosten von Hartz IV und gut das 20.000 fache der Schäden durch Sozialleistungsmissbrauch. Für das Produkt Antikorruptionsarbeit, ebenfalls eine Pflichtaufgabe, hat die Verwaltung hingegen einen Etat von 3.562 € in den Haushalt eingestellt.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt daher, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Etats der Produkte Ermittlungsdienst und Antikorruptionsarbeit werden zu gleichen Teilen aufgeteilt. Beim Produkt Ermittlungsdienst steht als Ziel die „Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger“ maßgeblich im Vordergrund.

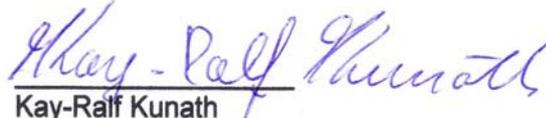
Produktnr.	Haushaltsneutrale Verrechnung	Etatentwurf alt	Etatentwurf neu	Differenz
122011	Ermittlungsdienst, S. 140	66.416,00 €	34.989,00 €	31.427,00 €
111013	Antikorruptionsarbeit, S.44	3.562,00 €	34.989,00 €	-31.427,00 €

Inhaltliche Begründung

Die Stadt Lüneburg gibt also die 20 fache Summe dessen, was für Antikorruptionsarbeit zur Verfügung steht, für Sozialkontrolleure aus, obwohl die Schäden durch Korruption das 20.000 fache betragen. Eine drastische Ungleichverteilung, die durch eine gleichwertige Mittelverteilung ansatzweise kompensiert wird. *Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.*



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

VERKEHR

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Für den Unterhalt der Gemeindestraßen sollen ungeachtet des Gesamtjahresergebnisses des Produktes nicht weniger ordentliche Aufwendungen bereitgestellt werden, als im Vorjahr, jedoch auch nicht mehr, wie von der Verwaltung geplant.

Die Verwaltung plant für die Bewirtschaftung von Parkhäusern und öffentlichen Parkplätzen als freiwillige Leistung 360.488 € mehr für ordentliche Aufwendungen auszugeben. Der Betrag sollte um maximal 160.488 € ansteigen, oder ein äquivalenter Zusatzertrag für die Differenz zum Verwaltungsvorschlag erwirtschaftet werden.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Höhe der Ansätze innerhalb der nachfolgenden Produkte werden wie folgt festgelegt:

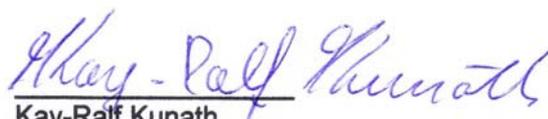
Produktnr.	Haushaltstitel	Etat 2008	Etatentwurf Verw.	Etatentwurf neu	Differenz
541001	Gemeindestraßen, ordentl. Aufw.	6.891.085,00 €	7.021.873,00 €	6.891.085,00 €	130.788,00 €
546001	Parkhäuser & Parkplätze, ordent. Aufw.	1.197.013,00 €	1.557.501,00 €	1.357.501,00 €	200.000,00 €

Inhaltliche Begründung

Mit dem Beschlussvorschlag werden keinerlei laufenden oder geplanten Investitionen von Straßenbau- oder Brückenprojekte beeinträchtigt oder geschmälert.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

7

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

UMVERTEILUNG VON ZUSCHÜSSEN AN STÄDISCHEN BETEILIGUNGEN

**Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Nach dem Entwurf des Ergebnishaushalts 2009 sollen für die Lüneburg Marketing GmbH 331.700 € und für die Bildungs- und Kultur gGmbH 279.000 € an Zuschüssen gezahlt werden. Eine Differenz von mehr als 50.000 € zu Gunsten der Marketing.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

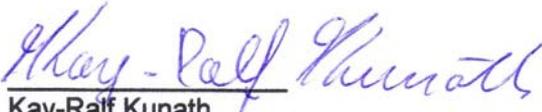
Produktnr.	Haushaltsneutrale Verrechnung	Etatentwurf alt	Etatentwurf neu	Differenz
271001	Bildungs- u. Kultur gGmbH	279.000,00 €	329.000,00 €	-50.000,00 €
573002	Lüneburg Marketing GmbH	331.700,00 €	281.700,00 €	50.000,00 €

Inhaltliche Begründung

Die Hansestadt Lüneburg sollte nicht mehr Geld in ihre eigenen Vermarktung als in die Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger investieren.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

8

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Kay-Ralf Kunath
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Stöteroggestr. 75
21339 Lüneburg

Tel: 04131 380985
e-Mail: kaykunath@arcor.de

GLEICHSTELLUNG

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat stellt folgenden Änderungsantrag zu dem Beschluss über den Haushaltsplan 2009 auf der Sitzung des Rates am 18.12.2008:

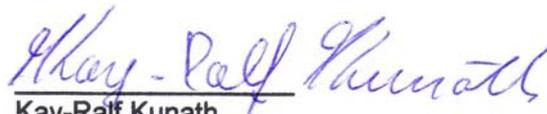
Das Produkt 111027 Seite 85 „Gleichstellungsbeauftragte“ soll in den Punkten Allgemeine Ziele, Kurzbeschreibung und Zielgruppen um folgendes erweitert werden:

Allgemeine Ziele, neu verfasst: Die Gleichstellung soll nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Benachteiligungen des Alters, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung, von Religion oder Weltanschauung und der ethnischen Herkunft verhindern bzw. beseitigen. Das schließt die Beseitigung von Benachteiligungen von Lesben, Schwulen und Transgendern als gesetzlichen Auftrag ein. Diese sind bei allen Planungen und Entscheidungen der Kommune zu berücksichtigen.

Kurzbeschreibung, neu verfasst: Entwicklung, Umsetzung und Begleitung von (z. B. sozialen, personellen, organisatorischen) Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern unterschiedlicher sexueller Orientierung (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Heterosexuelle), sowie Transsexuellen, auch mit unterschiedlicher Religion und Weltanschauung auf kommunaler Ebene.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

ZUSCHUSS SOZIALPROJEKTE

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Höhe der Ansätze innerhalb der nachfolgenden Produkte werden wie folgt festgelegt:

Produktnr.	Haushaltstitel	Etatentwurf Verw.	Etatentwurf neu	Differenz
315601	Spende Sitzungsgeld Rat 12/08 f.Sozialproj./fr.Tr.d.Wohlf.		40,00 €	40,00 €
315601	Sozialprojekte/fr.Tr.d.Wohlf.	17.700,00 €	27.700,00 €	-10.000,00 €
315601	Mittagstisch/Armenküche (Ansatz verdo	15.000,00 €	30.000,00 €	-15.000,00 €

Inhaltliche Begründung

Die Fraktion DIE LINKE. greift den Vorschlag der SPD/CDU Mehrheitsgruppe auf, das Sitzungsgeld der Ratssitzung aus dem Dezember zu spenden. Wir halten es jedoch für unangemessen, den Betrag in eine Kirchenglocke zu investieren. Wir fordern alle Ratsmitglieder stattdessen auf, ihr Sitzungsgeld für die äußerst knapp bemessenen Zuschüsse an die freien Träger der Wohlfahrtsverbände und für soziale Projekte und Vereine zu spenden.

Zusätzlich soll der Etat um 10.000 € aufgestockt werden. Damit können mehr der knappen Förderanträge bewilligt werden und es verbleibt etwas Spielraum für neue soziale Anliegen.

Nachdem der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Einrichtung eines Mittagstisch für bedürftige Menschen im Sozialausschuss eine Mehrheit gefunden hat, werden hierfür jetzt Mittel in den Haushalt eingestellt. Vor dem Hintergrund, dass ein dezentrales Angebot an drei Standorten eingerichtet werden soll, für die jeweils nur 5.000 € zur Verfügung gestellt wurden, ist es notwendig die Gelder mindestens zu Verdoppeln.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

WEIHNACHTSBEIHILFE

**Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009
zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008**

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Anders als bei der früheren Sozialhilfe werden heute keine zusätzlichen Weihnachtsbeihilfen als Zuschlag zu den ALG-II Regelsätzen mehr ausbezahlt. Stattdessen wird verlangt, dass von den Regelsätzen die zusätzlichen Ausgaben angespart werden. Dies ist aber angesichts der niedrigen Regelsätze und der ständig steigenden Kosten für den Lebensunterhalt selbst bei sparsamster Lebensweise nicht möglich. Leidtragende sind in erster Linie Kinder arbeitsloser Eltern. Sehr emotional belastend ist die Situation aber auch für Senioren, die aufgrund einer Heimunterbringung nur über ein Taschengeld verfügen. Die Weihnachtsbeihilfe soll allen Menschen die angemessene Gestaltung eines bescheidenen Weihnachtsfestes ermöglichen.

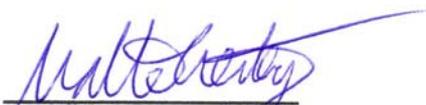
Die Fraktion Die Linke im Stadtrat Lüneburg beantragt deshalb, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

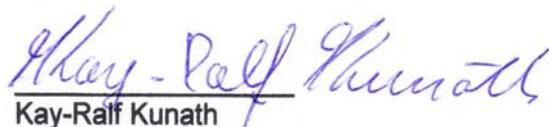
1. Der Stadtrat Lüneburg zahlt für das Weihnachtsfest 2008 auf freiwilliger Basis eine einmalige Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 60 Euro pro Person.
2. Die Weihnachtsbeihilfe erhalten alle Menschen mit Erstwohnsitz in der Stadt Lüneburg, die
 - a. Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten oder
 - b. Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II erhalten oder
 - c. als Heimbewohnerin oder Heimbewohner ein Taschengeld nach dem SGB erhalten, oder
 - d. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.
3. Zur Finanzierung einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 60 Euro für die im genannten Antrag aufgeführten Personengruppen, wird ein Beitrag in Höhe von **700.000 €** in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Die Extreme nehmen weiter zu. Während das Armutsrisiko in Deutschland steigt, wachsen die Einkünfte der Reichen. Besonders alarmierend: Auch immer mehr Menschen mit Arbeit drohen in die Armut abzurutschen.

Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat am 19.05.2008 den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Demnach gelten 13 Prozent der Menschen in Deutschland als arm. Weitere 13 Prozent der Bevölkerung werden nur durch sozialstaatliche Leistungen vor dem Fall unter die Armutsgrenze bewahrt. Zu diesen Leistungen gehören etwa Arbeitslosen-, Kinder- und Wohngeld. Vor allem für Langzeitarbeitslose sowie Alleinerziehende und deren Kinder ist das Armutsrisiko hoch.

Immer mehr Menschen befinden sich trotz Arbeit im Armutsrisikobereich. So lag im Jahr 2005 bei mehr als einem Drittel der Beschäftigten der Verdienst unterhalb der Niedriglohnschwelle. Anfang der 1990er Jahre war dies nur bei etwas mehr als einem Viertel der Fall. Während die Einkünfte der Reichen wachsen, sinken sie im unteren Bereich leicht und stagnieren im mittleren Einkommensbereich.

Während an den Rändern die Extreme zunehmen, ist auch die Mitte im Wandel begriffen. Bis vor sieben Jahren lag die Zahl der Menschen mit mittlerem Verdienst relativ konstant um die 62 Prozent. Neue Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen jedoch: Die Mitte schmilzt dahin. Im Jahr 2006 zählten nur noch 54 Prozent der Gesamtbevölkerung zur Mittelschicht. Während ein Teil in die Klasse der wohlhabenden Haushalte aufgestiegen ist, ist die Zahl der armutsgefährdeten Haushalte, die weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens haben, stärker gestiegen. Gleichzeitig schafften es immer weniger arme Menschen, in die Mitte der Gesellschaft aufzusteigen.

Ein ähnliches Bild in Niedersachsen 2005: Die Armutsquote hat vergleichsweise deutlich um 0,8 Prozentpunkte auf 14,5 % zugenommen, dies entspricht einem Zuwachs um 63,6 Tsd. Personen auf 1 142,6 Tsd. Die Zahl der Reichen ist ebenfalls gestiegen, die Reichtumsquote liegt nun bei 5,6 %. Entsprechend hat die „soziale Mitte“, also die Zahl der Einwohner, die weder arm noch reich sind, um 1,1 Prozentpunkte auf 79,9 % abgenommen.

Beschlussvorlage

Die Fraktion die Linke beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Ihr zur Verfügung stehenden Daten, sowie durch Interkommunale Zusammenarbeit und anderen öffentlichen Einrichtungen mit entsprechenden Datenbeständen einen ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Lüneburg zu erstellen und diesen regelmäßig zu aktualisieren. Hierzu wird ein Ansatz von **50.000 €** in den Haushalt eingestellt.

Begründung

Eine umfassende Sozialberichterstattung dient als wichtige Planungsgrundlage für politische Entscheidungen – sowohl auf Bundesebene, als auch in Ländern und Kommunen. Dadurch können insbesondere Armut und Ausgrenzung rechtzeitig erkannt und bekämpft werden. Die Sozialberichte können so als Frühwarnsysteme zur Armutsprävention dienen. Für Lüneburg liegt eine solche Berichterstattung nicht vor. Eine detaillierte Übersicht über die soziale Situation hilft zur politischen Steuerung von Maßnahmen, ohne einzelne Stadtteile pauschal zu stigmatisieren, sondern punktgenau dort anzusetzen, wo Hilfe am dringendsten erforderlich ist.

Gleichzeitig ist eine regionale Analyse des Reichtums wichtig für kommunalpolitische Steuerungsinstrumente und um die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich sowie Ungleichheit, Ungerechtigkeit und mögliche Spannungsverhältnisse vor Ort ausmachen zu können. Möglich wäre auch ein gemeinsamer Bericht mit dem Landkreis Lüneburg, ein entsprechender Antrag der Linken liegt dort ebenfalls vor.

Umsetzung

Hilfestellung zur Minimierung des Verwaltungsaufwandes und zur Erstellung des Berichtes liefern der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Mai 2008), der Niedersächsische Armuts- und Reichtumsbericht (August 2005 und Dezember 2007), die statistischen Monatshefte des niedersächsischen Landesamtes für Statistik, die Regional und Lokal Informationen des Abfragesystem EASYSTAT, sowie das Konzept für eine kurzfristig umsetzbare regionalisierte indikatorengestützte Sozialberichterstattung zu Armut und Reichtum in den Bundesländern (Soziale Sicherheit 10/2006) von Prof. Eichhorn der Uni Hannover sowie des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik. Es bietet sich primär an, die vorhandenen Informationen der regionalen Verwaltungseinrichtungen zusammenzuführen um Aufwand zu reduzieren.

Hilfestellung für den Reichtumsbericht könnte Prof. Merz vom Forschungsinstitut Frei Berufe der Uni Lüneburg liefern, der Informationen dieses Abschnitts ebenfalls für den Bericht der Bundesregierung erarbeitet hat.

Weiterhin liefern die Städte und Kommunen, die einen solchen Armuts- und Reichtumsbericht bereits umgesetzt haben wichtige Erkenntnisse über die Umsetzung. Erwähnenswert wären hier Bochum, Dortmund, Wiesbaden und in Niedersachsen die Stadt Hannover (Statistikstelle der Landeshauptstadt).

Basisindikatoren einer regionalisierten Sozialberichterstattung könnten gemäß Prof. Eichhorn sein:

1. Wirtschaftliche Rahmendaten, 2. Demografie, 3. Migration, 4. Qualifikation, 5. Erwerbstätigkeit, 6. Arbeitslosigkeit, 7. Familien und Haushalte, 8. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, 9. Armuts- und Reichtumsquoten, problematische Lebenslagen, 10. Vermögen, Einkommen und Einkommensdisparitäten, 11. Bekämpfte Armut, 12. Abweichendes Verhalten (Straftaten). Ein Vorschlag für einen Kriterienkatalog wurde Ihnen im Juni dieses Jahres vorgelegt.

Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg



Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

SOZIALAUSWEIS

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Vielen Menschen mit geringem finanziellem Einkommen ist die Teilhabe an der Lüneburger Kultur und Infrastruktur praktisch versagt. Bestimmte Gruppen von Bedürftigen erhalten zum Teil Ermäßigungen (Schüler, Studierende, Rentner), während z.B. Hartz IV Empfänger oder Geringverdienende mit z.T. geringerem Einkommen den Vollpreis zahlen müssen. Die Bedürftigkeit ist nicht davon abhängig, einer bestimmten Statusgruppe anzugehören, sondern faktisch über ein nicht ausreichendes Einkommen zu verfügen, um den vollen Preis zu bezahlen. Daher sollten alle Vergünstigungen kommunaler und städtischer Kultur- und sonstiger Infrastruktureinrichtungen, vereinheitlicht werden und für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die im Monat ein Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze zur Verfügung haben.

Die Einführung soll dabei in einem mehrstufigen Verfahren erfolgen. Im ersten Jahr sollen die Vergünstigungen auf Grundlage der bisher gewährten Ermäßigungen für einzelne Gruppen gewährt werden, die dann einheitlich für alle Vergünstigungsberechtigten gelten. Nachdem Erfahrungen über die Nutzungsintensität und Zusatzkosten gesammelt wurden, soll der gewährte Rabattsatz schrittweise erhöht werden, mit dem Ziel langfristig bis zu 50% Ermäßigung gewähren zu können.

die Fraktion Die Linke beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

1. für die Schaffung eines Sozialausweises wird ein Betrag in Höhe von **300.000 €** in den Haushalt eingestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Trägern von Freibädern, Hallenbädern, Museen und mit dem Theater Lüneburg sowie dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) ergebnisorientierte Verhandlungen mit dem Ziel der Einführung eines Sozialausweises aufzunehmen. Die gewährten Ermäßigungen sollen schrittweise erhöht werden und langfristig bis zu 50% erreichen.
3. Ein Sozialausweis soll zu folgenden Konditionen ausgegeben werden:
 - a. Den Sozialausweis können alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lüneburg erhalten, die mit ihrem Einkommen unter die Pfändungsfreigrenze gemäß § 850c ZPO fallen. Bei Familienvorständen mit unterhaltspflichtigen Personen gelten die gestaffelte ZPO Grenzen für das Netto Familieneinkommen. So liegt die Grenze z.B. für eine zweiköpfige Familie bei 1.360 € und bei einer vierköpfigen bei 1.770 €.

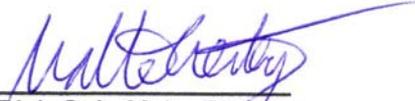
- b. Der Sozialausweis kostet 15,- Euro im Monat. Dieser beinhaltet eine Eintrittsermäßigung zunächst einheitlich in der Höhe der bisher gewährten Ermäßigungen in den Hallen- und Freibädern, in Museen und im Theater sowie eine Monatsfahrkarte für den Lüneburger Stadtbus.
 - c. Wer das Busangebot nicht nutzen möchte und die unter a genannten Bedingungen erfüllt, kann einen kostenlosen kleinen Sozialausweis erhalten. Dieser beinhaltet die Eintrittsermäßigung in den Hallen- und Freibädern, in Museen und im Theater.
 - d. Kinder und Jugendliche von Eltern, die die Bedingungen unter a erfüllen, erhalten kostenlosen Eintritt in Frei- und Hallenbädern, in Museen und im Theater.
4. Der Sozialausweis kann formlos beim Bürgeramt beantragt werden. Entsprechende Einkommensbelege sind beizufügen.

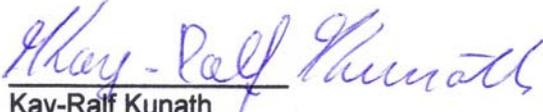
Begründung:

Die Stadt Lüneburg ist seit Jahren von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Geringverdiener und Empfänger von sozialen Leistungen können sich Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Besuche von Schwimmbädern und Museen nur noch selten leisten. Sie werden damit von weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Die Stadt Lüneburg hat nach unserer Auffassung auch die Aufgabe, dem entgegen zu wirken und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Das Arbeitslosengeld II enthält nur eine monatliche Pauschale von 18,11 € monatlich für Mobilitätskosten. Hierin sind auch die Kosten für den Fernverkehr eingeschlossen. Die Monatsfahrkarte für den Lüneburger Stadtbus kostet jedoch zur Zeit 41 €.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

MIETSPIEGEL

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Sachverhalt

Jeder Mensch hat ein Recht auf menschenwürdigen Wohnraum und muss in Würde leben können. In der Gestaltung kommunalen Wohnraumes ist insbesondere auf die Erfordernisse einkommensschwacher Bevölkerungsschichten Rücksicht zu nehmen. Bereits heute sind die Mieten auf hohem Großstadtniveau und höher als in Lübeck, Hannover oder Berlin. Ohne kommunale Gegenmaßnahmen ist mit weiteren Steigerungen zu rechnen, denn Lüneburg gilt als Teil der Metropolregion Hamburg als eine der wenigen wachsenden Regionen Deutschlands. Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

für die Erstellung eines Mietspiegels wird ein Betrag in Höhe von **10.000 Euro** in den Haushalt eingestellt. Es ist ein nach wissenschaftlichen Grundsätzen verbindlicher, qualifizierter Mietspiegel nach § 558d BGB zu erarbeiten und im Amtsblatt zu veröffentlichen. Dies ist eine Übersicht der ortsüblichen Vergleichsmiete im frei finanzierten Wohnungsbau, der in Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessengruppen (Vermieter- und Mietervereinen) von der Gemeinde erstellt wird. Er enthält eine Mietspanne sowie verschiedene Kategorien mit unterschiedlichen Ausprägungen, mit deren Hilfe die Eigenschaften einer Wohnung im Geltungsbereich des Mietspiegels beschrieben werden und die bei der Abschätzung des üblichen Mietzinses herangezogen werden können. Der Mietzins muss ortsüblich und angemessen sein und darf den Spannenwert nicht signifikant überschreiten. Die im Mietspiegel enthaltenen Angaben gelten dabei auch im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung als Beweismittel. Mit dieser Regelung soll Wohnraum zu angemessenem Mietzins ermöglicht und Mietwucher verhindert werden.

Begründung

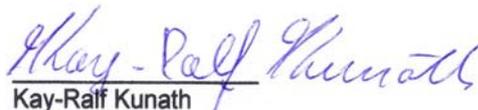
Es ergeben sich hierzu wesentlich geringer Kosten als von der Verwaltung veranschlagt. Die Software Mietspiegel-Info 2007 RS erfüllt diese wissenschaftlichen Grundsätze und Gesetzesanforderungen und wird z.B. in Berlin für die Erstellung des Mietspiegels genutzt. Die Kosten belaufen sich auf 280 € pro Arbeitsplatz für je 26 Monate. Die Koordination könnte über die Abteilung Stadtplanung im Fachbereich 6, der Abteilung Vermessung, Geodaten des Fachbereichs 7 oder dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft erfolgen. Für die Datenerhebung können zwei studentische Hilfskräfte mit Grundkenntnissen in EDV, Statistik und empirischer Sozialforschung, auf 400 € Basis pro Monat für ein Jahr beschäftigt werden. Ein Etat von 10.000 € wäre damit ausreichend. Ein Mietspiegel ist als zuverlässige Informationsquellen geeignet, Mietpreisüberhöhungen, insbesondere Mietwucher im Sinne des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, vorzubeugen. Der Mietspiegel kann auch als objektive Grundlage für die Übernahme der Mietkosten für ALG-II-, Sozialgeld- und Sozialhilfeempfänger dienen.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Hamburg im letzten Jahr beschlossen, dass sich auch die Mandatsträger der SPD in den Kommunen „weiterhin dafür einzutreten, dass ein für die Wohnungsvergung ausreichender Bestand an bezahlbarem Wohnraum erhalten bleibt oder geschaffen wird“ (Parteitagbeschluss Nr. 52, Hamburg, 27.10.2007).

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

JUGEND- UND KULTURFÖRDERUNG

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Höhe der Ansätze innerhalb der nachfolgenden Produkte werden wie folgt festgelegt:

Produktnr.	Haushaltstitel	Etatentwurf Verw.	Etatentwurf neu	Differenz
281001	freier Zuschuss zur Kulturförd. f. Einzelproj.	16.700,00 €	23.961,00 €	-7.261,00 €
363111	Stärkung mobiler Jugendarbeit, zusätz.	20.200,00 €	32.700,00 €	-12.500,00 €

Inhaltliche Begründung

Die frei verfügbaren Mittel, mit denen im Kulturausschuss neue kulturelle Einzelprojekte gefördert werden können, machen lediglich 6% der Gelder aus, die für Kulturförderung bereit stehen. Der Ausschuss hat kaum eigenständige Gestaltungsmöglichkeit. Hier soll zusätzlicher Handlungsspielraum für die Förderung externer Kulturprojekte geschaffen und den Kürzungen entgegengewirkt werden.

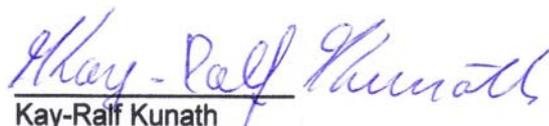
Mobile Jugendarbeit ist ein wichtiger Bestandteil Sozialer Arbeit bzw. Streetworking. Dort werden mehrere Handlungsfelder und -prinzipien von sozialer Arbeit – nämlich Streetwork, Gruppenarbeit, Einzelfallhilfe und Gemeinwesenarbeit - innerhalb eines sozialpädagogischen Gesamtkonzeptes vereint. Es ist als dauerhaftes, belastbares und verlässliches Kontaktangebot in der Lebenswelt junger Menschen gedacht und hat zum Ziel, die Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern sowie ggf. soziale Benachteiligungen abzubauen. Mobile Jugendarbeit verfolgt somit das Ziel, die Lebenssituation der jungen Menschen nachhaltig zu verbessern und sie in ihrer Entwicklung zu fördern.

Es ist daher unbedingt zu fördern, allerdings nicht auf Kosten anderer wichtiger Projekte Für Familien und Bildung, wie von der Mehrheitsgruppe vorgeschlagen, sondern als zusätzliches Budget.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“

Stadt Lüneburg
z.H. OB Ulrich Mädge
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Uelzener Straße 12
21335 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 03212 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

AUSBAU DER ENERGIEBERATUNG

Änderungsantrag zur Haushaltssatzung 2009 zu den Haushaltsberatungen der Sitzung des Rates, am 18.12.2008

Lüneburg, den 15.12.2008

Ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs entfällt in Deutschland auf die Privathaushalte. Seit den 70er Jahren bringt der Gesetzgeber Verordnungen und Gesetze auf den Weg, um den Energieverbrauch in Deutschland nachhaltig zu senken. Diese gesetzlichen Neuregelungen stellen den Verbraucher oftmals vor große Herausforderungen. Die Zeichen der Zeit stehen auf Energie sparen. Doch wie geht das? Welche Maßnahmen kann jeder Einzelne ergreifen, um Energie einzusparen? (Verbraucherzentrale Energieberatung 2008).

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

Beschlussvorlage

Die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger soll ausgebaut werden. Hierzu wird die Verbraucherzentrale mit einem zusätzlichen Budget von 2.500 € unterstützt. Die Klimaleitstelle bietet zum Ausbau des Beratungsangebotes eine enge Zusammenarbeit an, sowie nach eigenem Ermessen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung aus eigenen Haushaltsmitteln.

Inhaltliche Begründung

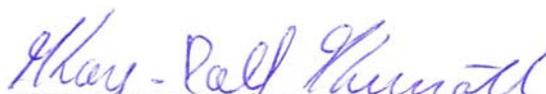
Das Thema Energie sparen betrifft jeden und wirft schwierige Fragen auf. Mit oberflächlichen Informationen ist niemandem geholfen, weder dem Verbraucher, noch der Umwelt. Die Energieberater der Verbraucherzentrale verfügen mit Architekten, Ingenieuren und Physikern über ein fundiertes Fachwissen. Diese Service-Leistungen kosten Geld.

Dies soll nicht zu Lasten des Klimaschutzes gehen, wie von der SPD/CDU Mehrheitsgruppe geplant. Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik zieht sich als Querschnittsaufgabe durch fast alle Bereiche, angefangen von der Stadtplanung, Verkehrsplanung über den Versorgungsauftrag bis hin zur Bewusstseinsbildung. Die Klimaleitstelle soll alle Klimaaktivitäten in der Region bündeln, Stad und Landkreis beraten sowie Informationen und Angebote zum Klimaschutz bereitzustellen. Daher sollte eine zusätzliche Energieberatung durch die Verbraucherberatungsstelle zusätzlich bereit gestellt werden.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.



Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“



Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“